

# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**01.07.2011**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stadtentwicklung, kommunale Verkehrsplanung**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Donnerstag, 05.05.2011**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:05 Uhr - 20:30 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

17:58 – 18:03 Uhr

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 01.03.2011 - öffentlicher Teil**  
*0194/2011*
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 **Frauenpolitische Informationen**  
*0192/2011*
- 6 **Aktuelle Situation des Jobcenters Bergisch Gladbach und Anfragen des Ausschusses**  
*0064/2011*
- 7 **Präsentation der Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten**  
*0145/2011*
- 8 **Verabschiedung des Sportentwicklungsplanes "Sport und Bewegung in Bergisch Gladbach"**  
*0072/2011*
- 9 **Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes**  
*0146/2011*
- 10 **Verlängerung der Amtszeit des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Erstellung eines Aktionsplans Inklusion**  
*0153/2011*
- 11 **Mitwirkung der Stadt Bergisch Gladbach am Zensus 2011**  
*0134/2011*
- 12 **Bearbeitungsstand des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach (ISEK 2030)**  
*0195/2011*
- 13 **Freigabe von Mitteln für den Dateneinkauf im Rahmen des Projekts "Städtenetzwerk lokale Demokratie - Bürgerorientierung in der Integrierten Stadtentwicklung" des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.**  
*0157/2011*
- 14 **Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 - Bericht und Empfehlungen**  
*0454/2010*
- 14.1 **Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 14.02.2011 zur Prüfung und Änderung der Wohnbaulandpotenzialanalyse**  
*0069/2011*
- 14.2 **Entscheidung über Bürgeranträge zur Schaffung von Baurecht gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW, ergänzt um Anträge der Fraktionen und informelle Bürgeranfragen im Rahmen der Wohnbaulandpotenzialanalyse**  
*0191/2011*
- 15 **Erneute Offenlage für das Einzelhandelskonzept der Stadt Rösrath: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) in Verbindung mit § 4a (3) Baugesetzbuch**  
*0188/2011*

- 16**     **29. Änderung des Flächennutzungsplans "Rösrather Möbelzentrum" und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 103 "Rösrather Möbelzentrum" durch die Stadt Rösrath: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch**  
*0181/2011*
- 17**     **Anträge der Fraktionen**
- 17.1**   **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 21.12.2010 für ein einheitliches Baulandmanagement für Wohn- und Gewerbeflächen**  
*0189/2011*
- 18**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 8. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Bei den zahlreich erschienenen Gästen bedankt sich die Vorsitzende für ihr Interesse an der Politik in Bergisch Gladbach.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 01.03.2011 - öffentlicher Teil 0194/2011

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

#### 5.1. Frauenpolitische Informationen 0192/2011

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf die auf Seite 13 der Einladung dargestellte Situation in Bergisch Gladbach zum Thema Zwangsheirat. Er bittet darum, die Anzahl der von den Schulen, vor allem auch der berufsbildenden Schulen, im Frauenbüro angefragten Informationsangebote zu ermitteln, dies auch vor dem Hintergrund der hohen Brisanz für die Betroffenen. Auch bittet er die Verwaltung um Auskunft, ob das Thema im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat behandelt werde. (Anl.: Antwortschreiben der Verwaltung vom 19.05.2011 betreffend den ABKSS. Weitere Fragen werden ausführlich in einer

*Vorlage zur Sitzung des ASSG am 28.06.2011 beantwortet.*) Außerdem fragt er an, ob es einfaches Informationsmaterial zur Prävention gebe, das an den Schulen ausgehängt bzw. ausgelegt oder an die Beratungslehrer ausgehändigt werden könne. Frau Schneider weist darauf hin, nach ihrer Kenntnis handele es sich bei dem Informationsangebot des Frauenbüros um eine Broschüre zur Prävention. Im Übrigen sei es sicher richtig, den Integrationsrat wie auch den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und den Jugendhilfeausschuss unter Zuhilfenahme der Fallzahlen mit dem Thema Zwangsheirat zu befassen.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Fragen schriftlich zum Protokoll zu beantworten.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt seine Anfrage dahingehend, bei der Zahlenermittlung auch die Frauenberatungsstelle und den Fachdienst für Integration und Migration in Bergisch Gladbach zu befragen, weil diese Stellen unter [www.zwangsheirat-nrw.de](http://www.zwangsheirat-nrw.de) als Beratungsstellen ausdrücklich genannt seien.

## **6. Aktuelle Situation des Jobcenters Bergisch Gladbach und Anfragen des Ausschusses** *0064/2011*

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Schulte (Geschäftsführer des Jobcenters Rhein-Berg), der mittels der in der *Anlage* beigefügten Präsentation die aktuelle Situation des Jobcenters Rhein-Berg darstellt, bezogen auf Bergisch Gladbach als größten der acht Standorte im Zuständigkeitsbereich.

Zu der seitens des Ausschusses angefragten Situation Alleinerziehender berichtet Herr Schulte:

Die besondere Problematik für Alleinerziehende sei neben den generell erhöhten Mobilitätsanforderungen darin zu sehen, dass sie in der Regel wegen der Kinderbetreuung nur in einem sehr engen zeitlichen Korridor arbeiten könnten. Diese individuellen Erschwernisse seien eine Herausforderung. An dieser Stelle sei eine Unterstützung der Klientel erforderlich. Ein entsprechendes Projekt finde sich unter den nachfolgend genannten des Jobcenters Rhein-Berg:

- Projekt 50+, mit zusätzlichen Möglichkeiten für die große Gruppe der über 50-Jährigen.
- Verstärkung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements, für Menschen mit enormen Unterstützungsbedarfen
- **spezielle Orientierung auf das Thema Alleinerziehende** (in Vorbereitung).

Die Vorsitzende bedankt sich für den interessanten und ausführlichen Vortrag.

Herr Kleine ist überrascht, mit wie vielen Aktivitäten das Jobcenter die Umsetzung der Neuregelungen wie das Bildungs- und Teilhabepaket vorantreibe, insbesondere was die Information der Kunden durch gezielte Anschreiben angehe. Angesichts der Startschwierigkeiten in anderen Kommunen könne man fast von einer Vorbildfunktion im Land NRW ausgehen. Herr Schulte nimmt das Lob dankend an. Er werde es auch an die sich sehr stark engagierenden Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Wie bereits im Rahmen der Präsentation ausgeführt, sei entsprechend zusätzliches erfahrenes Personal zum Einsatz gekommen. An dieser Stelle habe auch der Rheinisch-Bergische Kreis engagiert mitgewirkt. Gemeinsam werde es als Chance gesehen, Kindern Anreize zu geben, die in den Familien weniger von der Teilhabe profitieren. Ein wichtiges Informationsmittel sei auch die „Mundpropaganda“ im Kundenkreis. Eltern und Kinder müssten erleben, dass die Umsetzung funktioniere. Natürlich seien auch formale Hürden zu nehmen, die z.B. durch möglichst einfache Formulargestaltung verringert werden könnten.

Auf Nachfrage von Herrn Kühl berichtet Herr Schulte, bei der Arbeitsvermittlung sei der wesentlichste Erfolgsaspekt die Motivation der Arbeitssuchenden, die u.a. mit dem oben genannten Projekt 50+ optimiert werden solle.

Was die angefragte Zusammenarbeit zwischen Jobcenter/Arbeitsagentur und Arbeitgebern angehe, gebe es einen gemeinsamen Arbeitgeberservice, der gemeinsam für beide Rechtskreise von Arbeitgebern angebotene Stellen auf das Vorhandensein geeigneter Bewerber prüfe. Im Arbeitgeberservice finde auch eine kontinuierliche Auswertung aller im Netz eingestellten und über Suchmaschinen herausgefilterten Stellen statt, so dass die regionale Struktur abgedeckt werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bernhauser berichtet Herr Schulte, dass Voraussetzung für die Beantragung einer Lernförderung bei Versetzungsgefährdung eine Expertise der Schule zum Wissensstand des Schülers und zu den Erfolgsaussichten sei. Diesbezüglich werde es noch eine Informationsveranstaltung für Lehrer und Lehrerinnen geben.

Auf Nachfrage von Frau Schneider weist Herr Schulte zum Thema Kinderbetreuung auf die bestehenden Kontakte zu den Jugendämtern hin. Eine Vernetzung sei hier ganz wichtig. Es habe verschiedene Veranstaltungen gegeben, ferner gebe es konkrete, regelmäßige Absprachen zwischen Mitarbeitenden und Jugendämtern, um u.a. Fragen zum Thema Kinderbetreuung zu klären. Auch über das zuvor dargestellte Projekt für Alleinerziehende sei ein Stück weit eine Systematisierung zu erwarten. Im Regelfall erfolge die Bereitstellung einer Tagesbetreuung durch die Jugendämter recht schnell, wenn eine Arbeitsaufnahme anstehe.

Auf Herrn Dlugoschs Frage nach einer Branchenorientierung der Mitarbeitenden für die Beratung von Kunden in der Altersgruppe 50+ weist Herr Schulte auf das zuvor aufgeführte und bundesfinanzierte Sonderprojekt 50+ hin, um die Anforderungen noch besser erfüllen zu können, d.h. noch näher an den Arbeitsmarkt und an die Menschen heranzukommen. Zusammen mit der zusätzlichen Branchenorientierung im gemeinsamen Arbeitgeberservice von Jobcenter und Arbeitsagentur sei ein zunehmender Erfolg zu erwarten.

Herr Schulte erläutert auf Nachfrage von Frau Biebeler, dass grundsätzlich die über den Eigenanteil hinausgehenden Kosten für Mittagessen als Sachleistung direkt an Schulen und Kindergärten gezahlt würden, dies setze aber eine Antragstellung durch die Eltern voraus.

## **7. Präsentation der Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten** *0145/2011*

Herr Grothe stellt sich als für die Koordination der Seniorenbegegnungsstätten zuständiger Mitarbeiter im Seniorenbüro der Stadt Bergisch Gladbach vor und kündigt die folgende Präsentation an, die die gemeinsame grundsätzliche Ausrichtung der Tätigkeiten und Angebote der fünf Seniorenbegegnungsstätten darstelle. Herr Grothe stellt die Leiterinnen der jeweiligen Einrichtungen vor:

- Frau Brandt, Pro Treff Bensberg
- Frau Pohl, Ev. Begegnungsstätte, August-Kierspel-Straße in Paffrath
- Frau Sander, Anna Haus, Schmidt-Blegge-Straße
- Frau Kousourelaki, Mittendrin, GL Mitte
- Frau Van den Berg, Refrather Treff, Steinbreche.

Die Leiterinnen stellen die als *Anlage* beigefügte Präsentation vor und geben ergänzende Informationen, beispielsweise sei Bergisch Gladbach demografisch gesehen die älteste Stadt in

NRW. Darüber hinaus sei ein deutlicher Anstieg der Zahlen in allen Altersgruppen, bei den über 80-Jährigen sogar eine Verdopplung, zu erwarten. Vor dem Hintergrund der politischen Diskussion um Einsparungen sei auf die Wichtigkeit der Wohnortnähe zu den Seniorenbegegnungsstätten hinzuweisen, weil die Mobilität mit zunehmendem Alter abnehme. U. a. vor diesem Hintergrund seien die nachfolgenden Ausführungen zu sehen.

Das Selbstverständnis der Einrichtungen habe sich vom Altencafé hin zur Anlaufstelle für alle Fragen des Alters entwickelt. Neben der Bereitstellung einer zuverlässigen, vielfältigen und einkommensunabhängigen Angebotsstruktur sei auch die Motivation der Senioren und Seniorinnen zur Einbringung eigener Beiträge als wichtiger Teil der Arbeit zu nennen, ebenso die Organisation und Koordination der ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die eine besonders anerkennenswerte Arbeit leisteten. Andererseits werde für die Ehrenamtler eine Plattform zur Durchführung eigener Projekte gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren geschaffen.

Ziel der Arbeit sei auch, durch die vielfältigen Angebote so lange wie möglich die Voraussetzungen für ein Leben in der eigenen Wohnung zu schaffen und damit auch Kosten der Unterbringung beispielsweise in einem Heim zu vermeiden.

Wichtig sei auch die dauerhafte Unterstützung durch das Seniorenbüro, besonders im beratenden Bereich, beispielsweise zum Thema Hilfen im Alltag.

Abschließend seien als wichtige Kernpunkte der Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten zu nennen:

- das Angebot eines lebensraumorientierten, wohnortnahen und zuverlässigen Umfelds
- die Forderung und Förderung körperlicher und geistiger Fähigkeiten
- Schaffung guter Voraussetzungen für einen möglichst langen Verbleib in der häuslichen Umgebung und dadurch
- Verringerung der Betreuungs- und Pflegekosten.

Darüberhinaus helfe die Arbeit in den Begegnungsstätten, die Herausforderungen des demografischen Wandels aufzufangen. Aufgrund des vielseitigen und bedarfsgerechten Angebotes werde ein modernes und zukunftsorientiertes Bild vom Alter gestaltet, das die Möglichkeit zur Realisation von Interessen und Fähigkeiten für sich selbst und für das Allgemeinwohl mit sich bringe.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag zu dieser für die Gesellschaft sehr wertvollen Arbeit in Bergisch Gladbach.

Herr Waldschmidt regt angesichts der dargestellten Größe des betroffenen Bevölkerungsanteils und der Wichtigkeit der hier präsentierten Arbeit an, erneut in Überlegungen einzusteigen. Auf der Grundlage der Ankündigung der neuen Regierungspräsidentin, nicht mehr so starr am HSK-Korridor festhalten zu wollen, seien die im Rat beschlossenen erheblichen Einschnitte bei den Seniorenbegegnungsstätten ab dem Jahre 2013 erneut zu diskutieren. Er frage sich, ob es überhaupt Sinn mache, gerade in diesem Bereich zu sparen, insbesondere mit Blick auf die vorgetragenen erhöhten Anforderungen durch den demografischen Wandel.

Frau Schöttler-Fuchs freut sich über den durch den Vortrag vermittelten Spaß der Leiterinnen an ihrer Arbeit und den Elan, mit dem sie diese tun. Sie schlägt vor, mit den Seniorenbegegnungsstätten Besichtigungstermine zu vereinbaren, um den Ausschussmitgliedern so einen konkreteren Eindruck von der hervorragenden Arbeit in den Seniorenbegegnungsstätten vermitteln zu können. Dies sei insbesondere im Rahmen der Kostendiskussion sinnvoll.

Herr Theisen lobt den ausgezeichneten Vortrag der Leiterinnen der Seniorenbegegnungsstätten und unterstützt für den Seniorenbeirat die vorgetragene Notwendigkeit der Wohnortnähe zu den Seniorenbegegnungsstätten. Bei einer Reduzierung auf drei Begegnungsstätten sei deren Erreichbarkeit für die älteren Menschen wegen der sich reduzierenden Mobilität nicht mehr gewährleistet. Herr Theisen berichtet anhand von Beispielen aus eigener Erfahrung, dass die vielfältigen Angebote der Seniorenbegegnungsstätten in großer Zahl genutzt würden. Er richte

deshalb die Bitte an die Politik, die Seniorenbegegnungsstätten unter Vorhaltung des hierfür erforderlichen Personals zu erhalten.

Frau Schundau hält eine Streichung im Senioren- ebenso wie im Jugendbereich für völlig fatal, weil dadurch längerfristig erneut Kosten entstünden, weshalb sie den im Dezember 2010 eingereichten Änderungsantrag der CDU nicht mehr für aktuell halte.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, der Wert der Seniorenbegegnungsstätten sei unbestritten, hier finde eine gute, unverzichtbare Arbeit für Bergisch Gladbach statt. Durch die Erfüllung der Auflagen der Kommunalaufsicht seien die schmerzhaften Kürzungen, wie auch alle anderem im sozialen Bereich, nicht zu vermeiden. Hiermit sei man nicht leichtfertig umgegangen. Die Verwaltung sei auch beauftragt worden, im Einvernehmen mit den Trägern der Begegnungsstätten ein neues Konzept ab 2013 vorzulegen. Auf weiteren Vorhalt Frau Schundaus zu den konkreten Einsparmaßnahmen weist Herr Dr. Bernhauser auf den bestehenden Ratsbeschluss hin, der unter dem Druck des Haushaltskorridors entstanden sei.

Frau Schöttler-Fuchs hält es mit Blick auf die Erfahrungen im Bereich der Kindergartenbeiträge für sinnvoll, Ratsbeschlüsse der Mehrheitsfraktionen neu zu durchdenken. Es solle auch neue Überlegungen in einem interfraktionellen Arbeitskreis geben.

Herr Dr. Karich bedankt sich für den eindrucksvollen Vortrag und die unersetzliche Arbeit für alte Menschen in den Begegnungsstätten. Er bringt die Überlegung ein, unter Auswertung der Entwicklung der Besucherzahlen und anderer statistischer Daten - auch die einzelnen Einrichtungen vergleichend -, eine effiziente Lösung zu suchen, die einerseits die Versorgung der alten Menschen weiterführe und ggf. auch qualitativ verbessere sowie gleichzeitig das Einsparungsziel erreiche.

Herr Hastrich berichtet über ein erstes Gespräch mit den Trägern der Seniorenbegegnungsstätten betreffend die Umsetzung der vom Rat beschlossenen HSK-Maßnahme im April dieses Jahres. Konsens unter den schwierigen Rahmenbedingungen sei, einen gemeinsamen Weg zu suchen, wie unter Beibehaltung des Systems eine Finanzierung gefunden werden könne. Es seien verschiedene seitens der Verwaltung und der Träger zu prüfende Ideen benannt worden. Noch vor der Sommerpause solle ein weiteres Gespräch geführt werden. Das Gelingen eines dem Rat vorzulegenden abschlussreifen Vertrags ab dem 01.01.2013 hänge maßgeblich von der Entwicklung der haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab sowie von der Findung anderer Finanzierungswege. Die Träger sähen jedoch keine Möglichkeit, die Anzahl der Kräfte in den Einrichtungen zu reduzieren und rieten zudem dringend von einer Reduzierung der Anzahl der Standorte der Seniorenbegegnungsstätten ab.

Es entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zwischen Mitgliedern der CDU- wie der SPD-Fraktion über die Sparmaßnahmen im Seniorenbereich.

Herr Kleine hofft, dass die ursprünglichen Sparbeschlüsse bei einer Entspannung der Haushaltssituation wieder zurückgefahren werden können.

Herr Kamp empfiehlt abschließend die Überprüfung, ob nicht mit den Einsparungen in den Altenzentren am falschen Ende gespart werde. Angesichts des demografischen Wandels sei eine daraus folgende Verdopplung der Sozialausgaben denkbar, die dann als Pflichtaufgaben gezahlt werden müssten.

Es folgt eine Sitzungspause in der Zeit von 17.58 Uhr– 18.03 Uhr.

8. **Verabschiedung des Sportentwicklungsplanes "Sport und Bewegung in Bergisch Gladbach"**  
0072/2011



Frau Schundau begrüßt den vorgelegten Sportentwicklungsplan und äußert angesichts der angefallenen Kosten den dringenden Wunsch, dass er in Kooperation zwischen den Vereinen auch tatsächlich umgesetzt werde.

Frau Schneider freut sich über dieses Beispiel einer gelungenen Genderprüfung durch Frau Fahner, die u. a. zu der wichtigen Erkenntnis geführt habe, dass Vereine zukunftsorientiert vermehrt die Belange und Interessen von Frauen berücksichtigen müssten. Frau Holtzmann stimmt dem zu.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport einstimmig folgenden **Beschluss** zur Genderrelevanz:

Die vom Frauenbüro vorgeschlagene Formulierung „Die Befragung zum Sportverhalten zeigt auf, dass **Sportvereine die Interessen von Frauen nur wenig erreichen. Es besteht im Erwachsenenalter insbesondere bei Frauen eine hohe Nachfrage** nach breiten- und freizeitsportlichen Angeboten, die zeitlich flexibel und ohne feste Bindung an Organisationen sind.“ soll in den Sportentwicklungsplan übernommen werden.

#### **9. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des Integrationskonzeptes** *0146/2011*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Waldschmidt bittet um Mitteilung der Internetanschrift des AiM. Herr Hastrich kündigt an, die Adresse über die Niederschrift mitzuteilen. (*Die Internetadresse ist [http://caritas.erzbistum-koeln.de/rheinberg\\_cv/einrichtungen/schule\\_beruf\\_und\\_arbeit/AiM-Ex-Azubi-Stammtisch-RheinBerg.html](http://caritas.erzbistum-koeln.de/rheinberg_cv/einrichtungen/schule_beruf_und_arbeit/AiM-Ex-Azubi-Stammtisch-RheinBerg.html).*)

#### **10. Verlängerung der Amtszeit des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen und Erstellung eines Aktionsplans Inklusion** *0153/2011*

Frau Biebeler bedauert unter anderem die Auflösung des bisherigen Behindertenbeirats. Herr Hastrich entschuldigt sich zunächst für die Zusendung dieser umfangreichen Vorlage erst kurz vor der Sitzung. Aus gemeindeverfassungsrechtlichen Gründen habe anders verfahren werden müssen als ursprünglich zwischen dem Beiratvorstand und dem Bürgermeister abgesprochen. Um den kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention mit Mitgliedern des bisherigen Beirats erarbeiten zu können, schlage die Verwaltung die Wahl der Mitglieder, die zur weiteren Mitwirkung im Beirat bereit sind, vor bei gleichzeitiger Änderung der Satzung auf 2 Jahre. So könnten aus dem fünfjährigen Erfahrungsschatz heraus die Interessen der Betroffenen vertreten werden, wenn Bergisch Gladbach sich als eine der ersten Kommunen mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention befasse.

Auf weitere Nachfrage von Frau Biebeler legt Herr Hastrich das Zustandekommen der Wahlvorschläge aufgrund der Verständigung des Beiratvorstandes und des Bürgermeisters dar. Er bedauere, wenn es hier ein Kommunikationsproblem gegeben habe.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig die **Empfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss sowie für den Rat,

**der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu folgen.**

**11. Mitwirkung der Stadt Bergisch Gladbach am Zensus 2011**

*0134/2011*

Herr Waldschmidt bittet um Quantifizierung der Kosten und Nutzen des Zensus 2011 für die Verwaltung. Frau Dr. Werheit erläutert unter Hinweis auf die Vorlage, dass die Stadt Bergisch Gladbach für Aufwendungen wie die Adressrecherche entsprechende Entschädigungen erhalte bzw. bereits im Vorjahr erhalten habe, was in der Vorlage erläutert wurde. Die Federführung des Zensus bestehe auf Kreisebene. Ungeachtet dessen seien seitens der Statistikdienststelle und der Stadtentwicklung einige im Zusammenhang mit dem Zensus entstandene, vorbereitende Aufgaben betrieben worden.

Für die Stadtentwicklung, die speziell sehr intensiv mit statistischen Daten arbeite, sei der Zensus von Nutzen, weil Abweichungen von Datengrundlagen angeglichen werden könnten. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Daten auch kleinräumig, z.B. zu Haushalten und Haushaltsstrukturen, die bisher nicht vorlägen und für die weitere Arbeit der Stadtentwicklung eine sehr wertvolle Grundlage bildeten.

Auf Wunsch von Herrn Dr. Karich wird in der Niederschrift festgehalten, dass die Stadt Bergisch Gladbach von dem durch den Zensus 2011 entstehenden Kosten nicht betroffen ist.

**12. Bearbeitungsstand des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für die Stadt Bergisch Gladbach (ISEK 2030)**

*0195/2011*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**13. Freigabe von Mitteln für den Dateneinkauf im Rahmen des Projekts "Städtenetzwerk lokale Demokratie - Bürgerorientierung in der Integrierten Stadtentwicklung" des vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.**

*0157/2011*

Herr Schmickler führt ergänzend zur Vorlage aus, dass über die Teilnahme der Stadt an diesem Netzwerk die Möglichkeit bestehe, für die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau viele wichtige und interessante Erkenntnisse zu erhalten, die über andere Datenquellen nicht zu erzielen seien. Dies gelte für drei Untersuchungen des vhw zu den Themenstellungen „Bildungslandschaft einschließlich der frühkindlichen Bildung“, „Bergisch Gladbach als Wirtschaftsstandort“ und „Entwicklung des Wohnens“. Die Daten der Sinus-Sociovision hätten die besondere Qualität, die Stadt aus der Sicht der so genannten Milieus, also sehr unterschiedlichen Interessenslagen der Bevölkerung, zu betrachten. Mit den sich so ergebenden Aussagen sei die Verwaltung besser in der Lage, wirksame und dem Bedarf entsprechende Kommunikationsstrukturen, beispielsweise bei Bürgerbeteiligungen und konkreten Projekten, zu verfolgen. Die Verwaltung habe hier die Möglichkeit, für einen vergleichsweise geringen Betrag, der nur für den Kauf der Daten verwendet werde, in den Besitz der Untersuchungsergebnisse zu kommen. Alle weiteren Dienstleistungen, die mit dem Projekt verbunden seien, stelle der vhw kostenfrei zur Verfügung.

Die Ausschussmitglieder fassen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, einstimmig folgenden **Beschluss:**

Die Mittel zum Ankauf von Daten in Höhe von 1.666 € werden freigegeben.

14. **Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 - Bericht und Empfehlungen**  
*0454/2010*

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die Wohnbaulandpotenzialanalyse wird mit den unter TOP 14.2 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen verabschiedet.**

14.1. **Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 14.02.2011 zur Prüfung und Änderung der Wohnbaulandpotenzialanalyse**  
*0069/2011*

Der Antrag wurde unter TOP 14.2. behandelt.

14.2. **Entscheidung über Bürgeranträge zur Schaffung von Baurecht gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW, ergänzt um Anträge der Fraktionen und informelle Bürgeranfragen im Rahmen der Wohnbaulandpotenzialanalyse**  
*0191/2011*

Frau Holtzmann weist auf die seitens der CDU- und der FDP-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt als gemeinsame Tischvorlage eingereichten Änderungsanträge (*Anlage*) hin.

Es entwickelt sich eine sehr umfangreiche und kontroverse Diskussion zwischen den Fraktionen zur Vorgehensweise hinsichtlich der vielfach erforderlichen Beschlussfassungen unter Berücksichtigung der als Tischvorlage eingereichten zusätzlichen Änderungsanträge.

Frau Schundau sieht hinsichtlich der zur Sitzung eingereichten Änderungsanträge abschließenden Beratungsbedarf. Ad hoc könne hierzu nicht Stellung genommen werden.

Herr Schmidt stellt daraufhin den **Antrag:**

**den Tagesordnungspunkt zu vertagen.**

Die Ausschussmitglieder fassen mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE./BfBB folgenden **Beschluss:**

**Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.**

Auf Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 (*Anlage*) fassen die Ausschussmitglieder gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB mehrheitlich folgenden **Beschluss:**

**Die zu fassenden Beschlüsse sollen sich ausschließlich auf Flächen beziehen, die größer sind als 0,5 Hektar.**

**Fläche 11-123 (Fläche bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**  
**Schriftlicher Antrag vom 23.12.2004 (mehrere Eigentümer)**

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll entsprochen werden.**

**Fläche 11-41a (Neuzuschnitt der Fläche 11-41, Potenzialanalyse)**  
**Schriftlicher Antrag vom 26.07.2007**

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen, auch auf der Grundlage des Ergänzungsantrages der CDU und der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 (*Anlage*), bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden. Die Fläche soll langfristig als Grünfläche erhalten bleiben.**

**Fläche 12-55a (Neuzuschnitt der Fläche 12-55, Potenzialanalyse)**  
**Schriftlicher Antrag vom 08.03.2010 (mehrere Eigentümer)**

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

**Fläche 33-1000 (Fläche wurde neu in die Potenzialanalyse aufgenommen)**  
**Schriftlicher Antrag vom 20.10.2006**

---

Die Ausschussmitglieder fassen der Empfehlung der Verwaltung folgend gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich folgenden **Beschluss**

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

**Fläche 33-224 (Fläche bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**  
**Schriftlicher Antrag vom 05.10.2009 (mehrere Eigentümer)**

---

Herr Waldschmidt stellt für die SPD-Fraktion folgenden **Ergänzungsantrag**:

**Die Fläche soll kurzfristig realisiert werden.**

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen, auch auf der Grundlage des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion, gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag auf Schaffung von Bauland soll entsprochen werden. Die Fläche soll kurzfristig realisiert werden.**

**Fläche 43-1000 (Fläche wurde neu in die Potenzialanalyse aufgenommen)**  
**Schriftlicher Antrag vom 18.08.2000 (mehrere Eigentümer)**

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

**Fläche 65-22 (Fläche bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**  
**Schriftlicher Antrag vom 12.05.2006**

---

Herr Dr. Bernhauser weist ergänzend zum gemeinsamen Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion (*Anlage*) darauf hin, die Begründung der Verwaltung, Konflikte seien programmiert und die sozialen Infrastrukturen seien ungünstig, werde nicht für ausreichend gehalten, dem Antrag nicht zu entsprechen.

Frau Schmidt-Bolzmann ergänzt, dass es sich vorliegend um das Grundstück handele, auf dem 15 Jahre Asylbewerber gelebt hätten, so dass von einer Bewohnbarkeit auszugehen sei. Auch höre man entgegen der Verwaltungsmeinung die Straßenbahn fast gar nicht.

Herr Kamp stimmt dem mit dem Hinweis zu, die auf der anderen Straßenseite bereits stehenden Häuser seien noch näher an den genannten Geräuschquellen gelegen.

Auf der Grundlage des Antrages der CDU- und der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 (*Anlage*) fassen die Ausschussmitglieder gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Die Fläche 65-22 mit 0,52 Hektar soll in den Kernpool der Wohnbaulandpotenzialanalyse aufgenommen werden.**

**Fläche 11-1000 (Fläche wurde neu in die Potenzialanalyse aufgenommen)**  
**Schriftlicher Antrag der Fraktionen CDU und FDP, Schreiben vom 14.02.2011, Ergänzende Prüfung**

---

Die Vorsitzende verweist auf den seitens der CDU und der FDP-Fraktion gemeinsam gestellten Änderungsantrag vom 05.05.2011 (*Anlage*):

**Der Empfehlung der Verwaltung, die Gesamtfläche nicht zu bebauen, soll entsprochen werden. Entgegen der Empfehlung der Verwaltung soll jedoch auf dem Teilstück entlang der Straßen Hoppersheider Busch und Hoppersheider Weg eine Bebauung im Sinne einer Arrondierung (Lückenschließung) ermöglicht werden.**

Herr Dr. Bernhauser erläutert ergänzend, überwiegend solle die Fläche von 2,24 Hektar, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, nicht bebaut werden. In den beiden Straßen „Hoppersheider Busch“ und „Hoppersheider Straße“ solle aber angesichts der dort einerseits der Straße bereits vorhandenen Bebauung auch auf der anderen Straßenseite gebaut werden können, weil dort keine weiteren Erschließungen mehr in den hinteren Bereich erforderlich seien. Auf den Hinweis von Frau Schundau auf bestehendes Landschaftsschutzgebiet beschreibt Herr Schlaghecken die bereits vorhandene Bebauung in beiden Straßen mit dem Ergebnis, dass hier eine Lückenschließung unter Erhaltung des Landschaftsschutzgebietes erfolgen könne.

Frau Dr. Werheit führt aus, sie könne die Grenzsetzung des Landschaftsschutzgebietes ad hoc nicht exakt benennen, nach ihrer Einschätzung sei gegebenenfalls aber nur von einem begrenzten, akzeptablen Eingriff auszugehen, der auch den empfohlenen Arrondierungsregeln entspreche.

Die Ausschussmitglieder fassen, auch auf der Grundlage des Änderungsantrages der CDU- und der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 (*Anlage*), bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Der Empfehlung der Verwaltung, die Gesamtfläche nicht zu bebauen, soll entsprochen werden. Entgegen der Empfehlung der Verwaltung soll jedoch auf dem Teilstück entlang der Straßen Hoppersheider Busch und Hoppersheider Weg eine Bebauung im Sinne einer Arrondierung (Lückenschließung) ermöglicht werden.**

**Fläche 12-77 (Fläche bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**

**Mündlicher Antrag der SPD-Fraktion am 01.03.2011 im ASSG, Prüfung auf Wohnbauland**

---

Frau Schneider erklärt, die SPD-Fraktion wolle diesen Prüfauftrag noch offen halten, weil eine Entwicklung der Fläche, über deren Größe später beraten werden könne, gewünscht sei. Frau Schundau macht darauf aufmerksam, die Fläche liege u. a. im Außenbereich und im Landschaftsschutzgebiet, so dass der Verwaltungsvorschlag akzeptiert werden solle.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag auf Aufnahme in den Flächenpool soll nicht entsprochen werden.**

**Flächen 12-79, 14-35 (Flächen bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**

**Schriftlicher Antrag der Fraktionen CDU und FDP, Schreiben vom 14.02.2011, Ergänzende Prüfung**

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

**Fläche 41-152 (Fläche bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**

**Mündlicher Antrag der SPD-Fraktion am 01.03.2011 im ASSG, Prüfung auf Wohnbauland**

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll entsprochen werden.**

**Fläche 41-154 (Fläche bereits im Rahmen der Potenzialanalyse bewertet)**

**Mündlicher Antrag der SPD-Fraktion am 01.03.2011 im ASSG, Prüfung auf Wohnbauland**

---

Frau Schneider weist ergänzend zum Antrag der SPD-Fraktion darauf hin, dass wegen des dort bereits vorhandenen Kanals auch eine weitere Bebauung möglich sein müsse. Sie bestätigt auf Rückfrage von Herrn Schlaghecken, dass die bauliche Situation ähnlich der zuvor beratenen Situation im Hoppersheider Busch und im Hoppersheider Weg sei.

Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich angesichts des Umstandes, dass die Verwaltung in mehreren Prüfungsverfahren immer wieder die landschaftsbeeinträchtigende Wirkung einer solchen Maßnahme festgestellt habe, gegen den SPD-Antrag aus. Zudem werde durch eine Bebauung der Blick in die Landschaft zerstört.

Letzteres bestätigt Frau Dr. Werheit. Abgesehen davon, dass man hier in den Außenbereich gehe, sei eine Privatisierung des Blicks sowohl aus Stadtentwicklungs- als auch aus Gesichtspunkten des Städtebaus abzulehnen.

Herr Dr. Bernhauser signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion für eine Arrondierung entlang der Straße im Sinne einer Sozialbebauung, wie in der Vergangenheit unter der Perspektive „Errichtung eines Altenheims“ bereits einmal angedacht. Frau Schneider berichtet von neuerlichen Überlegungen der Kirchengemeinde, hier ein Hospiz zu bauen, und stellt für die SPD-Fraktion folgenden **Antrag**:

**Die soziale Bebauung dieser Fläche soll ermöglicht werden.**

Herr Dr. Metten erklärt hinsichtlich einer Sozialbebauung ausdrücklich die Beschlussbereitschaft der CDU-Fraktion.

Die Ausschussmitglieder stimmen zunächst der zum ursprünglichen Antrag gegebenen Empfehlung der Verwaltung zu und fassen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

Sodann fassen die Ausschussmitglieder auf der Grundlage des soeben gestellten SPD-Antrages einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Sozialbebauung möglich ist.**

**Fläche 65-302a (Neuzuschnitt der Fläche 65-302, Potenzialanalyse)**

**Schriftlicher Antrag der Fraktionen CDU und FDP, Schreiben vom 14.02.2011, Ergänzende Prüfung**

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

**Fläche 12-12a (Neuzuschnitt der Fläche 12-12, Potenzialanalyse)**

**Schriftliche Anfrage vom 25.05.2010**

Bereich Im Plackenbruch in Katterbach (Wohnplatz 12), Gemarkung Paffrath, Flur 2, Flurstücke 2812, 2815, 2818, tlw. 4050, tlw. 2576, tlw. 4054

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll entsprochen werden.**

**Fläche 12-26a (Neuzuschnitt der Fläche 12-26, Potenzialanalyse)**

**Schriftliche Anfrage vom 15.02.2011**

Bereich Am Klutstein hinter Haus Nummer 44 in Katterbach (Wohnplatz 12), Gemarkung Paffrath, Flur 8, Flurstück 4942

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll nicht entsprochen werden.**

**Fläche 33-187a (Neuzuschnitt der Fläche 33-187, Potenzialanalyse)**

**Schriftliche Anfrage vom 04.04.2008 (mehrere Eigentümer)**

---

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf den Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 (*Anlage*):

Auf der Grundlage dieses Antrages fassen die Ausschussmitglieder gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE./BfBB mehrheitlich folgenden Beschluss:

**Die Fläche soll bis 2025 nicht prioritär entwickelt werden. Allerdings soll auf langfristige Sicht für einen Teil der Fläche eine Wohnbebauungsmöglichkeit**



insbesondere im hinteren Bereich erhalten bleiben. Daher soll die Fläche zur Hälfte, ca. 1,94 Hektar, als strategische Reserve in den Flächenpool der Wohnbaulandpotenzialanalyse aufgenommen werden.

Fläche 61-22a (Neuzuschnitt der Fläche 61-22, Potenzialanalyse)

Schriftliche Anfrage vom 26.06.2008 (mehrere Eigentümer)

---

Die Ausschussmitglieder stimmen der Empfehlung der Verwaltung zu und fassen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

**Dem Antrag soll entsprochen werden.**

**15. Erneute Offenlage für das Einzelhandelskonzept der Stadt Rösrath: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) in Verbindung mit § 4a (3) Baugesetzbuch**

*0188/2011*

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Die Stellungnahme der Verwaltung über die erneute Offenlage zum Einzelhandelskonzept der Stadt Rösrath wird beschlossen.**

**16. 29. Änderung des Flächennutzungsplans "Rösrather Möbelzentrum" und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 103 "Rösrather Möbelzentrum" durch die Stadt Rösrath: Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) Baugesetzbuch**

*0181/2011*

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen, dem Vorschlag der Verwaltung folgend, einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Die Stellungnahme der Verwaltung zur 29. Änderung des Flächennutzungsplans „Rösrather Möbelzentrum“ sowie zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 103 „Rösrather Möbelzentrum“ wird beschlossen.**

**17. Anträge der Fraktionen**

**17.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 21.12.2010 für ein einheitliches Baulandmanagement für Wohn- und Gewerbeflächen**

*0189/2011*

Herr Dlugosch bezieht sich auf den Inhalt des Antrages. Die von der Verwaltung in der Vorlage vorgetragene Gründe der Ablehnung überzeugten ihn nicht, weil Erschließungskosten nicht nur bei

gewerblicher, sondern auch bei Wohnbebauung entstünden und dort die Eigentümer zu Erschließungsbeiträgen herangezogen würden.

Gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB fassen die Ausschussmitglieder folgenden **Beschluss**:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**18. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Auf die Frage von Herrn Kamp, ob es für Gewerbegrundstücke keine Erschließungskosten oder keine Infrastrukturkosten gebe und ob die Stadt es sich leisten könne, auf solche Einnahmen zu verzichten, weist Herr Schmickler neben ergänzenden Ausführungen auf den Inhalt der Vorlage zu TOP 17.1 hin.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gezeichnet: Petra Holtzmann  
Ausschussvorsitzende

gezeichnet: Gitta Schablack  
Schriftführerin